

Münsterländische Volkszeitung

Rheinischer Volksblatt

Amlicher Anzeiger für Stadt und Amt Rheine.

Organ der Zentrumspartei.

Wöchentliche Beilagen: Für Unterhaltung: „Sonntagslese“; für Landwirtschaft: „Feld und Garten“; für Sport und Jugendpflege: „Jung Rheine“.

Nr. 218

Mittwoch, den 21. September 1921

45. Jahrgang

100 Milliarden Besatzungskosten

Die Besatzungskosten in zweieinhalb Jahren.

Berlin, 21. Sept. (Drahtbericht.) Im „Temps“ wird eine Berechnung der Besatzungskosten, die von der Wiederherstellungskommission noch zu prüfen und anzuerkennen ist, von dem Tage des Waffenstillstandes an veröffentlicht. Die Rechnungen der Untoten der Besatzungsarmee bis zum 1. Mai 1921 sind noch nicht fertiggestellt, denn die endgültigen Ziffern, die die Wiederherstellungskommission feststellen muß, hängen von den Grunddaten ab, nach denen die Berechnung in Goldmark vorgenommen wird. Außerdem sind die Rechnungen für die Mithaltung seitens Deutschlands der nach dem 1. Mai erwachsenen Besatzungskosten ebenfalls noch nicht fertiggestellt. Die Summen für die Kosten der Besatzungsarmee, die die 5 Entente-Staaten seit dem Waffenstillstand vom 1. November 1918 bis zum 1. Mai 1921 verlangt haben, stellen sich wie folgt: Vereinigte Staaten 278 670 610 Dollar; Frankreich 2 304 850 470 Francs; England 52 881 298 Pfund Sterling; Belgien 378 731 390 belgische Francs; Italien (das bloß in Oberitalien Truppen unterhält) 15 207 717 Francs. Die Tageskosten für einen Mann stellen sich wie folgt: Vereinigte Staaten 4 1/2 Dollar, Frankreich 15,25 Fr., England 14 Schilling, Belgien 16,50 Fr., Italien 22 Fr. Diese Summe ergibt bei einer Umrechnung in Mark eine Summe von über 100 Milliarden Papiermark für Besatzungskosten.

Die Aufhebung der Rheinzollgrenze.

in Paris, 21. Sept. (Drahtbericht.) Während gestern noch die französische Presse hartnäckig behauptete, England habe Frankreich vollkommen zugestimmt, die Rheinzollgrenze solange nicht aufzuheben, solange sich Deutschland nicht bedingungslos der Kontrolle seiner Ein- und Ausfuhr unterwirft, gibt heute eine Havasnote halbschamig zu, daß die Differenz zwischen der englischen und französischen Auffassung fortbesteht, was unzweifelhaft genug aus der Reutererklärung hervorgeht. Die Differenzen bestehen darin, daß die Franzosen für eine neu zu errichtende Entente-Kontrollkommission der deutschen Ein- und Ausfuhr ein vollkommenes Vetorecht gegen Deutschland fordern, während die Engländer dieser Kommission keine solchen Machtbefugnisse erteilen, sondern die Entscheidung dieser Streitigkeiten dem Obersten Rat im Wege normaler diplomatischer Verhandlungen mit Deutschland vorlegen wollen. Die gestrige Havasnote beruht auf den Mithaltung der französischen Regierung von ihrem bisherigen Standpunkt vor, indem sie endlich anerkennt, daß Deutschland die vom Obersten Rat geforderte Kontrollkommission der Ein- und Ausfuhr durchzuführen nicht grundsätzlich abgelehnt hat. (Bisher behauptete das die französische Presse gemäß offizieller Informationen.) Die Note gibt weiter der Hoffnung Ausdruck, daß alle noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten durch die eingeleiteten Verhandlungen einen baldigen Ausgleich finden werden, so daß die wirtschaftlichen Sanktionen in kurzer Zeit aufgehoben werden können.

in London, 21. Sept. (Drahtbericht.) Die Times meldet aus Brüssel: Die Interalliierte haben Deutschland vorgeschlagen, die interalliierte Kontrollkommission durch eine Körperschaft zu ersetzen mit ihrem Sitz in Koblenz, die ohne irgend ein Vetorecht über die Ein- und Ausfuhr üben, den Handel überwachen würde und vor interalliierten Kontrollen zu schützen habe. Diese Körperschaft werde nicht in den Handel eingreifen und man erwarte, daß die deutsche Regierung diese Verbesserung des gegenwärtigen Systems zur Aufhebung der Sanktionen annehmen werde.

Das Geheimabkommen zwischen England und Frankreich über die deutschen Zahlungen.

in Paris, 21. Sept. (Drahtbericht.) Der „Matin“ veröffentlicht den Text des Geheimabkommens, das am 15. Dezember 1919 zwischen Clemenceau und Lloyd George abgeschlossen worden ist. Das Abkommen besteht aus 9 Artikeln, die im wesentlichen folgende Punkte enthalten: Die französische und englische Regierung verpflichten sich, in der Reparationskommission sich nicht durch Minister vertreten zu lassen. Der Generalsekretär der Reparationskommission wird von England gestellt werden. Die deutschen Zahlungen werden zunächst zur Beilegung der Kosten der Besatzungsarmee, an zweiter Stelle zur Beilegung der belgischen Priorität verwendet. Die Anteile, die Frankreich und England zu Reparationszwecken erhalten, werden im Verhältnis von 11 zu 15 stehen. England verpflichtet sich, die Wahl eines französischen Präsidenten der Reparationskommission zu unterstützen. England erklärt sich mit der Ausgabe einer französischen Anleihe in London einverstanden, deren Betrag in England bekannt gegeben werden muß. Der „Matin“, der seine heftige Campaigne gegen Clemenceau fortsetzt, kritisiert sehr dieses Dokument und bemerkt, man begreife das Abkommen es unterlassen habe, den Text dieses Abkommens zu veröffentlichen. Die Zeitung macht darauf aufmerksam, daß dieses Abkommen die Höhe der Besatzungskosten der verschiedenen Länder nicht bestimmt und aus diesem Grunde würden heute etwa 18 000 englische Soldaten in den besetzten Gebieten teurer zu stehen kommen, als die 70 000 französischen Truppen die sich dort befinden.

Die nächste Sitzung des Obersten Rates.

in Paris, 21. Sept. (Drahtbericht.) Die griechische Niederlage und die Frage der Aufhebung der Sanktionen rufen die Frage der nächsten Tagung des Obersten Rates wieder in den Vordergrund. Wie es scheint, haben die alliierten Regierungen die Absicht, die Entscheidung des Völkerbundesrates über Oberitalien abzuwarten, bevor eine neue Tagung des Obersten Rates einberufen wird.

Internationaler Textilarbeiterkongress.

in Paris, 20. Sept. In der gestrigen Sitzung des internationalen Textilarbeiterkongresses wurde eine Adresse an die freilebenden Arbeiter in den Departements in Nordfrankreich beschlossen. Der Generalsekretär teilte mit, daß der Schritt bei Rußland, um es zur Teilnahme an den Konkrete zu bewegen,

ergebnislos geblieben sei. Auf dem Kongreß sind folgende Staaten vertreten: die Schweiz, England, Deutschland, Tschechoslowakei, Holland, Dänemark, Belgien, Italien, Schweden und Frankreich.

Die Kabinettsbildung in Bayern.

München, 21. Sept. (Drahtbericht.) Die bayerische Volkspartei ist in Beratungen eingetreten, wenn sie nun zur Kabinettsbildung vorschlagen soll. Die Wahl wird wohl eine Nebenrechnung infolge bringen, als sie auf den Staatssekretär im Postministerium, Rinkel, den früheren Postdirektor von Regensburg, einen recht unbekannten Mann, fallen dürfte; aber das Kabinett wird sicher unter dem Gesichtspunkt zusammengestellt werden, daß die nationalsozialistische Rechte Nothilfe für die bayerische Regierung eine leichtere Verhandlung mit der Reichsregierung gewährleisten wird. Die Kabinettsbildung wird allerdings noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Die bayerische Mittelpartei für evtl. Neuwahlen.

München, 21. Sept. Der gestern hier verlassene Landtagsausschuß der bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale Volkspartei) hat sich für eine Befragung des Volkes durch Neuwahlen zum Landtag für den Fall ausgesprochen, wenn die Differenz zwischen Bayern und dem Reich in nicht befriedigender Weise beigelegt werden könne.

Zum Attentatsversuch auf Dr. Stresemann.

Berlin, 21. Sept. (Drahtbericht.) Die weiteren Ermittlungen über das Attentatsversuch auf Dr. Stresemann — um ein solches handelt es sich zweifellos — haben ergeben, daß zwei Schüsse von außen abgefeuert worden sind. Zwei Angeln wurden aufgefunden, und auch die Einschlagstellen sind festgestellt worden. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Die Antwort de Valera an Lloyd George.

London, 21. Sept. (Drahtbericht.) Im Anschluß an die gestrige Meldung lautet die Antwort von de Valera an Lloyd George im Anfang noch: Wir haben nie daran gedacht, Sie zu bitten, irgend eine Vorbedingung für die Konferenz anzunehmen. Wir würden es unendlich gefunden haben, von Ihnen zu erwarten, im voraus die kritische Republik formell oder informell anzuerkennen. Ebenso werden Sie von uns nicht erwarten, daß wir in unserem Nationalismus verharren; da besteht gerade unsere Meinungsverschiedenheit und daher ist eine Konferenz notwendig. Eine Verbindung in Harmonie und Freundschaft der Bewohner der beiden Inseln zwischen Irland und den Staatengruppen, welche Sie englische Commonwealth nennen, wird den Frieden sichern.

Lloyd George wird nicht an der Washingtoner Konferenz teilnehmen?

London, 21. Sept. (Drahtbericht.) Reuter meldet, daß es nicht wahrscheinlich ist, daß Lloyd George an der Washingtoner Konferenz teilnehmen wird. Innerpolitische Angelegenheiten werden ihn in England zurückhalten.

Kein Empfang der Londoner Bürgermeister bei Lloyd George.

London, 21. Sept. Die acht Londoner Bürgermeister der Arbeiterpartei haben bei ihrer Ankunft in Inverness die Nachricht erhalten, daß Lloyd George sie heute unmöglich empfangen könne. Sie erwarten jetzt nähere Berichte.

Neue Lohnforderungen der Metallarbeiter.

Dortmund, 20. Sept. Ein außerordentlicher Schlichtungsausschuß tagte Montag unter dem Vorsitz des Reichskommissars Wehlich, um den Lohnstreit der Metallarbeiter der Werke „Gute Hoffnungshütte“ in Oberhausen, Eterstraße und Vallum zu schlichten. Die Spitzenlöhne wurden um eine nicht auffällige Zulage erhöht und zwar die für Arbeiter von 1,10 M. die für Prämierten- und Zeitlohnarbeiter um 1,30 M. die Stunde. Außerdem ist das Kindergeld auf 3 M. je Kind und Schicht und das Hausstandsgeld ebenfalls auf 3 M. erhöht worden. — Am gleichen Tage schlichtete ein außerordentlicher Schlichtungsausschuß unter dem Vorsitz des Reichs- und Staatskommissars Hoffmann den Lohnstreit in der Metallindustrie in Schwerte. Der Spitzenlohn wurde um 1,15 M. erhöht — nicht auffällig — ein Hausstandsgeld von 1 M. eingeführt und das bereits von einigen Werken schon gezahlte Kindergeld einheitlich auf 0,50 M. je Kind und Schicht festgelegt.

Der Göttinger Parteitag.

Götting, 21. Sept. (Drahtbericht.) Gestern vormittag feierte der sozialdemokratische Parteitag die Debatte über den Vorstandsbericht fort. Eingegangen ist inzwischen eine Resolution Hermann Müller zur Frage des Friedensvertrages und der Außenpolitik, in der es u. a. heißt: Die Lage der Arbeiterklassen in den Siegerstaaten, den neutralen Ländern und den Ländern der Besetzten fordert gleichermassen gebieterisch die Revision des Versailler Vertrages, vor allem aber ist eine Schleunigkeit auf das Ergebnis der für Deutschland günstigen Abstimmung gefällte Entscheidung über das für Deutschland lebenswichtigen Industriegebietes notwendig. Ferner muß die sofortige Aufhebung der völkerrechtswidrigen, überdies auch dem Versailler Vertrag widersprechenden militärischen u. wirtschaftlichen Sanktionen im Westen gefordert werden. Die deutsche Sozialdemokratie ist gewillt, mit allen Mitteln die Reaktion niederzuhalten und die Republik gegen jeden Ansturm zu sichern. Sie wird dafür sorgen, daß den Reaktionen durch eine fortgeschrittene Demokratisierung des gesamten staatlichen u. öffentlichen Lebens das Handwerk gelegt wird. Ruben-Braunschweig als Vertreter der Sozialdemokratie im sozialistisch regierten Braunschweig trat für eine Zusammenarbeit mit den

Anzeigenpreis: Die Spalte 1 mm Raumhöhe 25 Pfg. für Stadt und Amt Rheine; 30 Pfg. für die übrigen Orte. Zusatztelung 20 Pfg. Anzeigenannahme bis 3 Uhr nachm. Für die Aufnahme von Anzeigen an werbefreier Stelle wird keine Garantie übernommen. Für Fälschungen, welche durch Fernsprecher oder mangelhafte Manuskriptlieferung entstehen, wird nicht gehaftet. Bei prompter Bezahlung von Gebühren fällt jeder Rabatt fort.

Unabhängigen und für eine Studienkommission zur Demokratisierung der Verwaltung ein. Reichsanwalt a. D. Hermann Müller begründete die vorliegende Resolution. Eduard Bernke erörterte die Folgen einer Auflösung der Resolution. Nichtertritt in die preussische Regierung und Gefährdung der Stellung der Partei der Reichsregierung. Eine Einigung mit den Unabhängigen sei erst möglich, wenn sie sich zur Mitarbeit bereit finden. Mit der wirtschaftlichen und geistigen Macht der Deutschen Volkspartei müsse man rechnen. Pösch-Breslau vertritt, zwischen der Mehrheit und der Opposition zu vermitteln. Der Eintritt in eine Koalitionsregierung wird nur unter Innehaltung der geistigen Forderungen erfolgen. Die Leiterin der Frauenorganisation, Reichstagsabgeordnete Frau Sudacz-Berlin befürwortete eine energische Frauenagitation. Göttinger-König, Lokomotiv-Chemnitz und Schiller-Göttingen bekämpften die Vorstandsresolution, weil sie die Einigung mit den Unabhängigen verhindere. Dagegen befürworteten Frau Grünberg-Kürnberg und Hofmann-Schwernin die Resolution. Dr. Adolf Küster-Blankensee behandelt die Frage unter außenpolitischen Gesichtspunkten. Wenn die Partei zurückweist, die sich ihr klipp und klar anbieten, würde sich das rächen an ihr und an dem ganzen deutschen Volke. Die Auseinandersetzung mit dem Zentrum werde eines Tages kommen. Die außerordentliche Situation erfordere außerordentliche Lösung. Ministerpräsident a. D. Braun zeigte sich angenehm enttäuscht durch die Schwäche der Opposition und ihrer Argumente.

Die Steuerkündigung für Personen von mehr als 65 Jahren.

Berlin, 21. Sept. (Drahtbericht.) Die kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Witt, Holtzamer und Genossen über die Steuerkündigung für Personen von mehr als 65 Jahren ist nach vom preussischen Finanzminister u. a. wie folgt beantwortet: Nach § 26 des Reichseinkommensteuergesetzes können bei der Veranlagung besondere wirtschaftliche Verhältnisse, die die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigen, durch völligen oder teilweisen Erlass der Steuern berücksichtigt werden, sofern das steuerbare Einkommen den Betrag von 30 000 Mark nicht übersteigt. Auf dem Gebiet der preussischen Gewerbesteuer können veranlagte Steuerbeträge in einzelnen Fällen niedergeschlagen werden, wenn deren angemesse Beibehaltung die Steuerpflichtigen in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährden würde.

Neues aus aller Welt.

Großer Postdiebstahl.

in Ansbach, 20. Sept. Wie die Blätter melden, wurde ein Postwagen beraubt; daraus wurden Reichsmarkenscheine im Gesamtwert von 5 895 000 Mark und verschiedene Aktien, darunter auch Aktien der Rheinisch-Westfälischen Kohlen- und Bergbau-Aktiengesellschaft, ferner Sakogewinn im Werte von 25 000 M. gestohlen. Der Postwagen merkte von dem Raube nichts.

70 Bergleute verhaftet.

in Brisbane, 20. Sept. Durch eine Gasexplosion im Bergwerk von Mont Bouillant bei Cairns wurden 70 Bergleute verhaftet. Man befürchtet, daß sie alle tot sind.

Große Gewitterhäden.

in Paris, 20. Sept. Nach einer Havasmeldung aus Madrid wird gemeldet, daß die Stadt durch einen Gewitterregen überschwemmt wurde. 30 Häuser sind eingestürzt. Zahlreiche Personen wurden getötet.

Dampferunglück.

in Boulogne, 20. Sept. Der Dampfer „Baru“ ist zwischen Boulogne und Wintereufe mit dem Dampfer „Europa“ zusammengestoßen und gesunken. Da die Baru in der „Europa“ hängen blieb, konnten die Schiffbrüchigen aufgenommen werden.

Titelwechsel der „Leipziger Allgemeinen Zeitung“.

in Leipzig, 20. Sept. Von heute an werden die Verlage der Leipziger Verlagsdruckerei erscheinenden „Leipziger Allgemeinen und Leipziger Zeitung“ vereinigt unter dem Titel „Neue Leipziger Zeitung“ als Morgenblatt herausgegeben. Bekanntlich befinden sich die Blätter erst seit kurzer Zeit im Besitz der bekannten Firma, unter welcher der Verlag Ulstein steht.

Neue Niederlage der Griechen.

in Konstantinopel, 21. Sept. (Drahtbericht.) Nach den letzten Berichten haben die Türken nach schweren Gefechten Griechisch besetzt. Die griechischen Verluste sollen sehr groß sein.

Die Einfuhr deutscher Zeitungen ins besetzte Gebiet.

in Paris, 20. Sept. (Drahtbericht.) Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat die interalliierte Rheinlandskommission beschlossen, die Einfuhr derjenigen Publikationsorgane ins besetzte Gebiet endgültig zu unterlagen, die schon zweimal suspendiert worden sind und die einer doppelten Warnung nicht Rechnung getragen haben. Bei dieser Gelegenheit hat die Kommission den deutschen Reichskommissar gebeten, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die unheilvolle Rolle zu lenken, die die Haltung mehrerer deutscher Blätter für die Wiederherstellung friedlicher Beziehungen in Europa darstellt. Die deutsche Regierung werde wohl alle Anstrengungen machen müssen, daß sowohl im besetzten wie im unbesetzten Gebiet die bestmöglichen Anträge gegen die Besatzungsbehörden und gegen die interalliierten Mächte aufhören mit demselben Recht, wie gegen deutsche Behörden gerichteten Angriffe, die gleichfalls die öffentliche Ordnung zu stören drohen.

Ententeantos". — Diebe, die sich selbst beschuldigen.

Verführung in Gellendorf.

Während in der übrigen Zeit die eingelegten Stangen die Gefahr mit den Nädern in die Rillen zu geraten, auch beseitigen, so wirkt es doch Tatsache, daß besonders bei schweren Traglasten die Pferde auf den Schienen leichter ausgleiten als auf dem starken G-Strahl, bezw. die starke Neigung der Straße, durch die ohnehin schon zu enge Durchfahrten und durch die Unübersehblichkeit der Straße nach beiden Seiten.

Nachdruck verboten.

1968

Bestellungen, die erst in den letzten Tagen des Monats Septbr. der Post eingehändigt werden, bringen für gewöhnlich nur eine unliebsame Verzögerung in d. Weiterbez. d. „Münsterl. Volksztg.“

1992

oller Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffenen Arbeiter von 11 Prozent am 1. April, wo die letzte Erhöhung der Taschkenerlätze in Kraft trat, auf 23 Prozent der insgesamt Beschäftigten am 1. Juli gestiegen. Am 1. Juli waren also gegen 10000 deutsche Tabakarbeiter ganz oder teilweise erwerbslos, das ist umso bedeutungsvoller, da gerade in der Tabakindustrie die Heimarbeitskraft fehlt. Im Reichsarbeitsblatt heißt es darüber u. a.: „Aus einer Reihe von Bezirken kommen ungünstige Nachrichten, so aus Rommern, Schleswig-Holstein, Hamburg, dem Harz, dem sächsischen Bezirk Döbeln, den westfälischen Bezirken Dornhausen, Enger, Bodinghausen, der Rheinprovinz, Pfalz und Baden; es kam dort vielfach zu Betriebseinstellungen, auch mußten Betriebe stillgelegt werden. Die durch die Rheinseilgrenze den Betrieben des unbesetzten Gebietes zugehenden Schädigungen haben sich im allgemeinen weiter ausgedehnt und zugenommen. Die Industrie befürchtet einen härteren Winter.“

inge Gefchöpf.

Lachen, Scherzen, Reden überall. Bagen trugen

Und das W
Reichenheim vo
die „schöne W
begehrte, bot i
schaft auf ein

Stationen und Verlag von Joseph Altmeyer, Buchdruckerei und Verlagsverwalter.
Besondere für den reaktionären Theil: Schriftleiter: Geribrod von Borst, für den
Kriegs- und Antikriegs- Theil: Joseph Kumpen, Kämpf in Rheine.
Der reaktionäre Theil: Sozialer, Papiermangel, Verlagen der Lieferungsstelle, nicht
Genügend für Lieferung gestellt und nicht für Krieges- bezüglich Platz und Tag
Nachnahme. Aufhebung der Bezugshandeln waren ungenügend, Lieferung ungenügend,
Kaufverhandlung und Rückgabe ungenügend. Einmalen nicht eine Gewähr über
sichern.

